

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 11

Artikel: Die Arbeiterohnmacht
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093445>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Arbeiterohnmacht

Nach seinem dritten Besuch in Nicaragua legt Peter Sager seinen neuen Bericht über das Land vor. In der letzten Nummer hat er von der Lage der Menschenrechte und von der Militarisierung gesprochen. Heute spricht er von den Gewerkschaften und von der Wirtschaft.

Gewerkschaften

Nach Absicht der sandinistischen Regierung sollten staatliche Gewerkschaften nach osteuropäischem Vorbild entstehen. Dort sind diese Organisationen ihrem ursprünglichen Zweck – Vertretung der Interessen der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern, zu denen auch die öffentliche Hand zählen kann – völlig entfremdet worden. Vielmehr haben sie die Aufgabe, die Interessen des Staates – mitunter als Arbeitgeber – gegenüber der Arbeiterschaft mit dem Ziel zu vertreten, die Arbeitsproduktivität anzuhäufen und soziale Unruhen zu verhindern.

Unmittelbar nach der Revolution vom 19. Juli 1979 wurden deshalb zwei Gewerkschaften ge-

gründet: die Sandinistische Arbeiter-Zentrale (CST) für Industriearbeiter und die Gewerkschaft der Landarbeiter (ATC). Sie ersetzen die somozistischen Organisationen und sollten die seit den 60er Jahren bestehenden unabhängigen Gewerkschaften CUS (Confederación de Unificación Sindical, sozialdemokratische Richtung, Mitglied des Internationalen freien Gewerkschaftsbundes in Brüssel) und CTN (Central de Trabajadores Nicaraguenses, christlichdemokratische Richtung) konkurrenzieren. Ein Verbot dieser demokratischen Gewerkschaften, die das Regime Somozas an vorderster Front bekämpft hatten, war und ist nicht opportun, weil sonst die demokratische Fassade der Sandinisten allzu sichtbar in Mit-

leidenschaft gezogen würde. Diese Fassade ist immer noch die Voraussetzung für die dringend benötigte, von Osteuropa nicht geleistete Wirtschaftshilfe, die aus Westeuropa, Lateinamerika und sogar Nordamerika erhofft – und erhalten – wird.

Anfänglich hatte sich zwar auch die CST für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt. Doch schon von 1980 an wurde der Durchsetzung der Regierungsabsichten bei der Arbeiterschaft zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt: Streiks wurden verhindert, dann verboten, und die Löhne konnten nur noch unter Beteiligung und mit Genehmigung des Arbeitsministers festgelegt werden. Bereits 1981 schloss sich die sandinistische CST dem von Moskau geführten Internationalen Gewerkschaftsbund an. Freundschafts- und Zusammenarbeitsabkommen hat die CST mit dem sowjetischen Gewerkschaftsbund unterzeichnet, der im Verein mit andern osteuropäischen Gewerkschaften technische Unterstützung und Ausbildungshilfe gewährt.

Da die unabhängigen Gewerkschaften aus den erwähnten Gründen vorläufig nicht verboten werden können, werden sie mit andern Mitteln bekämpft. Zum einen indirekt, indem den sandinistischen Gewerkschaften Vorteile eingeräumt werden: Sie verfügen über kostenlose Büros und Versammlungsräume, haben Zugang zur Regierungspresse sowie zu Radio und Fernsehen, und ihre Funktionäre stehen im Genuss von materiellen Privilegien.

Zum andern werden den unabhängigen Gewerkschaften nicht nur derartige Privilegien vorenthalten. Artikel über ihre Tätigkeit werden in der Oppositionszeitung La Prensa häufig zensuriert, und in den Massenmedien werden sie als «konterrevolutionär» und «verschwörerisch» angegriffen. Viel schlimmer sind aber die Verfolgungen und Manipulationen, denen die unabhängigen Gewerkschaften, ihre Funktionäre und Mitglieder ausgesetzt sind und über die uns ausführlich sowohl von der CUS als auch der CTN an mehreren Begegnungen berichtet worden ist.

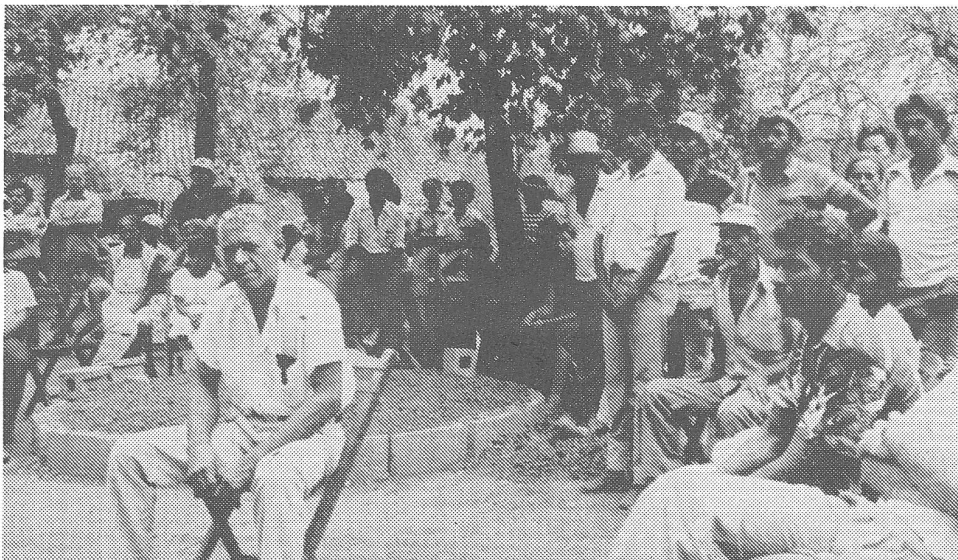
Die Gewerkschaft CUS erhielt im Dezember 1985 – wie übrigens auch die Menschenrechtskommission CPDH – den Preis der Stiftung für Freiheit und Menschenrechte in Bern. Für beide Organisationen hat der Generalsekretär der CUS, Alvin Guthrie, die beiden Preise ent-



Das Haus in Chinandega, das die Gewerkschaft CUS mit dem 1985 in Bern verliehenen Preis der Stiftung Freiheit und Menschenrechte als Versammlungslokal gekauft hat. Zwei Monate später wurde es von sandinistischen Aktivisten besetzt.

gegengenommen. Aus dem Betreffnis hat die CUS im Januar 1986 ein dringend benötigtes Versammlungslokal in Chinandega, nördlich von Managua, erworben. Mitte März ist dieses rechtmässig gekaufte Haus von sandinistischen Aktivisten besetzt worden; den CUS-Mitgliedern bleibt der Zutritt verwehrt. Alvin Guthrie hat sich bei der zuständigen Behörde beschwert. Dort hat man die «Übergriffe enthusiastischer Jugendlicher» zwar bedauert, aber dagegen nicht eingegriffen. Das Haus war anlässlich unseres Besuches in Chinandega immer noch besetzt.

Natürlich arbeiten die Sandinisten auch mit den Methoden der Infiltration. Die Gewerkschaft der Hafendarbeiter von Corinto hatte sich nach der Revolution der sandinistischen CST angeschlossen, war sich in der Folge reuig, und der Vorstand beschloss im März 1983, zu CUS zu wechseln. Darauf wurden die Büros von Milizen besetzt; der Beschluss wurde vom Arbeitsministerium als ungültig erklärt mit der Begründung, zwei Drittel der Mitglieder müssten den Beschluss befürworten. Zur Verzögerung einer Versammlung wurde Anklage auf Korruption erhoben, die vorerst abgeklärt werden musste. Als am 21. Mai 1983 CUS-Funktionäre nach Corinto gingen, um sich mit mehreren hundert Hafendarbeitern zu treffen, wurden sie von Sandinisten angegriffen und zur Flucht gezwungen. Zur Versammlung der Hafendarbeiter-Gewerkschaft vom 1. Juni 1983 entsandten die Sandinisten einige hundert Nichtmitglieder, die gegen den Anschluss an die CUS stimmten. Obschon die tatsächlichen Mitglieder grossmehrheitlich der CUS beitreten wollten, erklärte das Arbeitsministerium die CST als Siegerin. Seither gibt es zwei Hafendarbeiter-Gewerkschaften. Sechs Gewerkschaftsführer der



Aussprache mit rund 100 Arbeitern auf dem Lande, CUS-Mitglieder vorwiegend, die ihre Existenznöte darlegen und die ausländischen Besucher bitten, in Europa Zeugnis abzulegen über die wirtschaftliche und politische Lage Nicaraguas.

CUS-Richtung wurden zeitweilig verhaftet, einige verloren ihren Arbeitsplatz.

Bedrängung der Gewerkschaften auch auf andere Weise: Die Arbeiter und Beschäftigten der Staatsverwaltung und der verstaatlichten Betriebe müssen den sandinistischen Gewerkschaften angehören. Da die Privatwirtschaft durch Verstaatlichung immer mehr eingeengt wird, verlieren die unabhängigen Gewerkschaften ihr Mitgliederreservoir. Deshalb gründen sie selbst privatwirtschaftliche Landwirtschafts- und Gewerbebetriebe und demonstrieren auf eine seltene Weise, wie Privatwirtschaft und unabhängige Gewerkschaften aufeinander angewiesen sind.

Verhaftungen zwecks Einschüchterung sind eine weitere Methode. In einer kleinen, ärmlichen landwirtschaftlichen Kooperative von rund 200 Personen, von denen 22 im Januar verhaftet und anfangs April erst 17 freigelassen worden waren, erfuhren wir die Gründe der Inhaftierung: Klagen wegen der misslichen Lage der Campesinos, deren Mitglieder unter beschämenden Verhältnissen leben, Kritik auch an der Regierung. Das Wasser muss in einer Halbtagesreise hergeholt werden. Aus eigener Anstrengung haben sie einen Brunnen etwa 100 Meter tief gegraben, aber sie vermögen die Mo-

Fortsetzung auf Seite 13



Die Mitglieder der schweizerischen Studiengruppe unterhalten sich mit dem Generalsekretär der CUS, Alvin Guthrie (Mitte). Ganz links Pierre Gygi, dann nach rechts die Nationalräte Georg Stucky und Peter Sager. Die Dreiergruppe rechts von Guthrie umfasst (von links) die Nationalräte Theo Fischer, Pascal Couchepin und Jacques-Simon Eggly.

täten wie jene der «Vereinigung Demokratisches Nicaragua» (Peter Sager, Alexander Eugster). Es handle sich hier offenbar um eine «konzentrierte Desinformationskampagne.» Das gibt mir Anlass zu einigen weiteren Feststellungen.

1. Nicaragua befindet sich, auch nach Aussage der sandinistischen Regierung, im Kriegszustand. Der Anlass dazu ist die Tatsache, dass die Regierung ihr Versprechen auf eine demokratische Entwicklung nicht eingehalten hat. Als Reformvorschläge und Proteste fruchtlos blieben, haben Nicaraguaner zu den Waffen gegriffen. Die drei Führer der Vereinigten Opposition Nicaraguas (UNO), Arturo Cruz, Adolfo Robelo und Alfonso Calero, haben jahrelang gegen Somoza gekämpft und die sandinistische Revolution von 1979 unterstützt. Die zwei ersten gehörten zeitweise der sandinistischen Junta an, der dritte verwendete sich in deren Auftrag erfolgreich für die amerikanische Hilfe nach dem Sturz von Somoza. Alle drei sind überzeugte und überzeugende Demokraten.

2. Die tatsächliche Desinformation liegt anderswo. Eine umfassende Desinformationskampagne hat die heutigen Sandinistenführer als Demokraten und die Opposition als Somozisten bezeichnet und damit die Entwicklung in Nicaragua bewusst falsch dargestellt.

3. Mittlerweile haben sich objektive Informationen so gehäuft, dass das verherrlichende Bild der Sandinisten, deren einflussreiche Führer sich selber als Marxisten-Leninisten bezeichnen, zu wanken beginnt. Neben englischsprachigen Untersuchungen sind auch einige Bücher in deutscher Sprache erschienen, auf die ein Bestellcoupon auf dieser Seite aufmerksam macht, und deren Lektüre ich wärmstens empfehle.

4. Namentlich das Buch des hochangesehenen deutschen Völkerrechtlers Prof. Martin Kriele, der deswegen aus der SPD auszutreten gezwungen war, hat zur besseren Aufklärung entscheidend beigetragen. Das hat offensichtlich Nervosität bei den prosandinistischen Kreisen bewirkt. Sie sind es, die nun ihre Desinformationskampagne verstärken.

5. Prosandinistische Kreise sitzen vielenorts. Die von mir vom 30. März bis 13. April organisierte Reise von insgesamt sechs Personen war bekannt; Mitte April wurde auch die auf den 6. Mai in Aussicht genommene Pressekonferenz publik. Ist es ein Zufall, dass am 17. April das Fernsehen DRS ohne Kenntnis von Chefredaktor Gysling einen prosandinistischen englischen Film sendet? Und ist es ein Zufall, dass das gleiche Fernsehen am 3. Mai eine Sendung programmierte, in der die amerikanische Desinformation anhand der Beispiele von Angola und Moçambique nachgewiesen werden sollte? Ist es ein Zufall, dass zum Thema am 20. Mai in einer Diskussionsrunde erstmals auch die andere Seite eingehender dargestellt werden konnte, allerdings erst von etwa 23.00 bis 1.00 Uhr?

6. Sollten nun meine Bemühungen um Unterstützung der demokratischen Opposition in Nicaragua – ich schicke keine Waffen hin und bedaure ausdrücklich den Überfall auf schweizerische (und andere) Entwicklungsprojekte – ins Visier genommen werden, so betrachte ich jene schweizerischen Kreise als zu einer Kritik besonders schlecht legitimiert, die seit 1979 Geld für Waffen zuhanden der Guerillas namentlich in El Salvador gesammelt haben. Womit ich die Guerillas in El Salvador keineswegs auf die gleiche Ebene hebe wie die Contras in Nicaragua: Diese kämpfen für eine Demokratisierung des Landes, jene für die Errichtung einer marxistisch-leninistischen Diktatur. ■

Die Arbeiterohnmacht

Fortsetzung von Seite 11

torpumpe zum Preis von Fr. 1500.– nicht. Sie erhalten keine staatliche Hilfe, weil sie der CUS angehören. Und westeuropäische Entwicklungshilfe kommt nur sandinistischen Projekten zu. Ihre Produkte müssen die Campesinos den staatlichen Aufkaufsorganisationen zu Preisen abliefern, welche ihre Kosten nicht immer decken.

Der ehemalige sandinistische Vizeminister für Arbeit, Edgar Macias, hat nach seiner Flucht aus Nicaragua die Lage mit folgenden Worten charakterisiert: «Die Arbeiter Nicaraguas sind zu Objekten erniedrigt worden. . . Sie können nicht frei von Furcht ihre Gewerkschaft oder ihren Gewerkschaftsbund, ihre ideologische Richtung, ihre politische Partei wählen.» Kein Wunder, dass nicht nur die Begüterten flüchten, sondern auch die Armen sich nach Arbeitsmöglichkeiten im Ausland umsehen. Unter Somoza sind 30 000 Nicaraguaner geflüchtet, unter dem sandinistischen Regime sind es 300 000. Die Abstimmung mit den Füssen ergibt ein eindeutiges Bild der Verhältnisse im Lande. Dass Arbeiter – nicht einzelne, sondern viele – sagen, unter Somoza sei es ihnen sehr viel besser ergangen, ist eine traurige Fussnote im Geschichtsbuch Nicaraguas.

Wirtschaft

Zu den vor und kurz nach dem Sturz Somozas 1979 abgegebenen Versprechen der Sandinisten gehörte neben freien Wahlen innerhalb von zwei Jahren (sie fanden erst 1984 statt und waren gar nicht frei) und dem Aufbau einer pluralistischen Demokratie (einschliesslich Pressefreiheit) auch die Erhaltung eines privatwirtschaftlichen Sektors. Gedacht wurde an eine Dreiheit: staatliche, private und gemischte Wirtschaft, letztere unter Beteiligung von staatlichem und privatem Sektor.

Enteignet wurden der gesamte Besitz der Familie Somoza und von Nationalgardisten, ferner die grösseren Unternehmen und Güter, dann aber auch wahllos interessante Objekte und der Besitz sonstwie missliebiger Personen. Nach und nach soll gemäss Erklärung des ehemaligen Junta-Mitgliedes und heutigen Vizestaatspräsidenten Sergio Ramirez der staatliche Sektor 80 % der wirtschaftlichen Leistung erbringen.

Dieses Ziel ist noch nicht erreicht. Die staatlichen Betriebe leiden unter dem Mangel an fachkundigen Führungskräften. Daher bleibt die Regierung auf die besser arbeitenden Privatbetriebe angewiesen. Diese aber werden auf jede erdenkliche Art und Weise behindert. Dekret Nr. 382 vom 26. 4. 1980 sah beispielsweise vor, dass staatliche Betriebe zu 100 % von Zollgebühren und Steuern befreit werden, privatwirtschaftliche Betriebe aber erhalten eine Zollbefreiung von 20 % und eine Steuerbefreiung von 40 %. Kredite werden von den allesamt

BESTELLCOUPON

- Ex. Martin Kriele, **Nicaragua – Das blutende Herz Amerikas** 197 S., br., 3. Aufl., Piper 1986, Fr. 12.80
- Ex. Robert F. Lamberg, **Nicaragua – Von Somoza zu Ortega** 176 S., br., NZZ 1985, Fr. 30.–
- Ex. D. v. Appunn/H. J. Röder, **Nicaragua – Revolution ohne Ende** 248 S., br., Mundis 1984, Fr. 22.30
- Ex. Fritz Sitte, **Ich war in Nicaragua** 224 S., geb., Styria 1985, Fr. 30.40

Einsenden an Buchhandlung SOI, Postfach, 3000 Bern 6

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____



Bei den Ärmsten, den Campesinos, in einer Genossenschaft, die der CUS angehört. Sie haben etwa 100 m tief einen Brunnen gegraben, können sich aber die Motorpumpe nicht leisten und müssen das Wasser in einer Halbtagesreise holen gehen.

verstaatlichten Banken vorzugsweise den Staatsbetrieben zugehalten. Den Privatbetrieben werden die Löhne aller Beschäftigten und die Verkaufspreise vorgeschrieben. Der Export bleibt dem Staat vorbehalten, der auf diese Weise gelegentlich horrende Profite erzielt, wie jetzt mit der Kaffeeausfuhr dank anziehender Weltmarktpreise. Der Staat bezahlt den Kaffeeproduzenten 15 Cordobas pro Dollar und exportiert ihn für 240.

Der Privatunternehmer ist wenig mehr als ein kommissarischer Wirtschaftsverwalter mit beschränkter Handlungsfreiheit. Weil er eine solche noch besitzt, arbeitet die Privatwirtschaft besser als die Staatswirtschaft: mit ein Grund dafür, dass sie noch geduldet wird.

Die Regierung gibt immer wieder grobe Fehler in ihrer Wirtschaftspolitik zu, ersetzt aber die alten meist durch neue. Kein Wunder, dass das Inlandprodukt 1985 auf die Hälfte desjenigen von 1977 zurückgefallen ist: Es befindet sich heute auf dem Stand von 1960. Erhebliche Einbußen haben die offiziellen Exporte erlitten; sie betragen etwa die Hälfte der Exporte von 1978. Daneben muss es inoffizielle, verschleierte Ausfuhren geben. Dass landwirtschaftliche Produkte kaum mehr exportiert werden, ist angesichts von deren Knappheit trotz Rationierung der wichtigsten Lebensmittel nicht erstaunlich. Indessen werden Hölzer, roh und verarbeitet, sowie Metalle wie Blei, Zink, Silber und Gold glaubwürdigen Aussagen zufolge ausgeführt, aber in der Exportstatistik nicht ausgewiesen. Offenbar handelt es sich hier um versteckte Bezahlungen der über Kuba geleiteten Militärhilfe aus Osteuropa.

Im Jahre 1978 erzielte Nicaragua einen Exporterlös von 646 Mio Dollar; die Auslandverschuldung betrug damals 961 Mio oder 149 % des Exportes. Im Jahre 1984 ist der Exportwert auf 382 Mio Dollar gesunken, die Auslandverschuldung jedoch auf 3,918 Milliarden angestiegen; das sind 1026 % des Exportwertes.

Symptom für den Zusammenbruch von Währung und Wirtschaft ist die Entwicklung der Wechselkurse. Anlässlich meines ersten Besuchs im Januar 1984 betrug der offizielle Kurs pro US-\$ 29 Cordobas, derweil auf dem schwarzen Markt 350 Cordobas erhältlich waren. Beim zweiten Besuch im Juli 1985 betrugen die beiden Zahlen 29 und 750 Cordobas. Inzwischen ist der offizielle Cordoba abgewertet worden; man erhält nun 70 Cordobas pro US-\$. Ferner wurde ein offizieller Parallelkurs geschaffen, zu dem man für einen US-\$ 920 Cordobas erhält. Doch gibt es nach wie vor den schwarzen Markt, und da wurden je US-\$ gar 1800 Cordobas bezahlt. Zum offiziellen Kurs von 1 zu 70 muss jeder ausländische Besucher bei der Einreise 60 Dollar wechseln und das Hotelzimmer ebenfalls zu diesem Kurs bezahlen. Für alle andern Dienstleistungen (Essen im Hotel, Wäsche, Taxi usw.) kann man mit Cordobas bezahlen, die zum Parallel- oder Schwarzmarktkurs gekauft werden; letzteres ist mit einem Risiko verbunden, derweil der Parallelkurs staatlich abgesegnet ist.

Eine weit schlimmere Folge dieses Zerfalls sind die Einkommensverhältnisse des Volkes. Die Kaufkraft eines bäuerlichen Einkommens beträgt noch 40 % von jenem im Jahre 1979. Für den Kauf eines Fahrrades musste ein Arbeiter damals einen Monatslohn einsetzen, heute sind es 11 bis 12 Monatslöhne. In der mittleren Lohnklasse 12 (z. B. Lehrer, Angestellte) beträgt der Monatslohn 37 000 Cordobas. Zu den billigsten Preisen von Lebensmitteln auf Ratio-

nierungskarten (und die sind nicht immer erhältlich und müssen dann auf dem «freien Markt» zu beträchtlich höheren Preisen erworben werden) muss eine fünfköpfige Familie für einen bescheidenen Nahrungsmittelbedarf täglich 1000 Cordobas auslegen, im Monat mithin 30 000. Eine solche Familie benötigt heute 2 1/2 Monatslöhne im Vergleich zu 1 1/2 im Jahre 1979.

Der Konsumgütermangel hat sich den osteuropäischen Verhältnissen angeglichen. Mit den Rationierungskarten wird dem Bürger ein ganz bestimmtes Geschäft zugewiesen (nicht immer das nächstliegende), in welchem allein er einkaufen darf. Sind dort die rationierten Waren nicht vorrätig, müssen sie auf dem «freien Markt» zu höheren Preisen erworben werden. Aber auch da sind Lebensmittel Mangelware. In solchen Supermärkten sind Laufmeter von Regalen mit Waren gefüllt, die nicht nachgefragt sind, z. B. Essig, Wodka aus der Sowjetunion, Rum aus Kuba, Schokoladenpulver, Abwaschmittel, Erdnüsse, derweil Oel, Bohnen, Reis und Brot fehlen.

Verantwortlich für diesen wirtschaftlichen Niedergang sind in offizieller Darstellung die Contras, welche die Militarisierung erzwungen hätten, ferner das Wirtschaftsembargo der USA, schliesslich die sinkenden Weltmarktpreise. Demgegenüber ist festzustellen: Die Militarisierung wurde beschlossen, bevor eine Opposition im Lande aktiv wurde. Das Wirtschaftsembargo der USA trat im April 1985 in Kraft und betraf keine bestehenden Wirtschaftsverträge, sondern verbot lediglich den Abschluss neuer Abmachungen. Neben den sinkenden Weltmarktpreisen, welche die Sandinisten nicht zu verantworten haben, tragen die Militarisierung und die katastrophale Wirtschaftspolitik die Hauptschuld an der grassierenden Wirtschaftskrise.

Fortsetzung folgt



Das Heim von Alvin Guthrie. Auf der Mauer davor hat man Hassparolen gegen seine Gewerkschaft gemalt, unter anderm «CUS = CIA», die billigste Satanisierung, wenn man keine Argumente hat.